

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauhaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 008.

Inseratenpreise:
Die 7spaltige Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7spaltige Kolonelle mit Plagvorschritt 1.85 Mk. — Die 7spaltige Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. — Die Reklame-Kolonelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4508 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neue Putschgefahren! Ein mißglückter Lügenstreich gegen den Genossen Braß.

An die Arbeiterchaft Deutschlands!

Zu den sozialen Tugenden, die der Klassenkampf im Proletariat erweckt und nährt, gehört vor allem die Opferwilligkeit.
Sie ist die von einer Klasse so erfordert und bekräftigt worden, wie von der Arbeiterklasse.
Und nie wurden so große Anforderungen an diese Opferwilligkeit gestellt, wie gegenwärtig, da wir in die Periode der entscheidenden Massenaktionen um die Eroberung der politischen Macht eingetreten sind. Gleichwohl werden die Anforderungen noch größer werden, da die Massenaktionen und damit ihre Opfer sich häufen.
Das höchste Opfer für die politische Ueberzeugung ist das von Leib und Leben. Ungezählt sind die Opfer, die allein seit Anfang November 1918 gebracht wurden. Wie die Opfer der Kommune von 1871 sind, auch sie eingeschrieben in dem Herzen des Proletariats. Nie wird es sie vergessen und immer ehrenvoll ihrer gedenken.
Ungezählt, aber sicher sehr, sehr zahlreich sind ferner die Opferbliebenen derer, die in den jüngsten Kämpfen aus Anlaß des Kampfes um die politische Freiheit ihr Leben für die Sache des Proletariats geopfert haben. Und die Zahl der Verwundeten und Bauern an ihrer Heimat, die sie hinterlassen haben.

Es ist selbstverständlich, in erster Linie die Aufgabe von Reichs- und Gemeindeführern, für die Opfer der einen wie der anderen Partei zu sorgen. Die Parteiführer haben unvershämlich auf die Erfüllung dieser öffentlichen Aufgabe hinzuwirken. Sie können sich dabei vor allem darauf berufen, daß die Opfer eine Rolle der Ueberwindung der Reaktion sind und kein materielles Opfer in jedem Umfange dem verletzlichen ist, das die mühen Kämpfer an Leib oder Leben gebracht haben. So groß nun die Zahl derer ist, die der Hilfe bedürfen, noch größer war die Dankschuld, die der Arbeiterchaft zu schulden war und weiter geschuldet werden muß.
Dabei müssen wir uns aber eines — so bitter das auch für viele ist — unbedingt klar sein: Auf die Dauer wird die Arbeiterchaft selbst bei größter Opferwilligkeit allein die Hilfe nicht leisten können. Um so mehr, weil der politische Kampf weiter geht und die Zahl der Opfer immer größer wird, kann aber auch, weil noch viele andere Aufgaben zu erfüllen sind, die auch Geldmittel erfordern. Endlich muß auch daran erinnert werden, daß es immer die Auffassung der Arbeiterchaft war, es müsse geklärt werden ohne jede Rücksicht auf Unterklasse und Klasse, wenn schliesslich die soziale Gerechtigkeit unter der Herrschaft der Kapitalisten.

Es entspricht nur der ruhmvollen Tradition des kämpfenden Proletariats, daß in und nach den Kämpfen der jüngsten Vergangenheit überall den Massenmännern im Rahmen des Möglichen geholfen wurde, und es ist selbstverständlich, daß nach Kräften weiter geholfen werden muß.

Im Ruhrrevier, im Rheinland, wie im übrigen Deutschland, hat man teilweise einen vollen Tagelohn zur Hilfeleistung angewandt. Das muß überall zur Norm gemacht werden, denn geringere Beiträge entsprechen entfernt nicht der Höhe der Summen, die unabweisbar sind.

Arbeiter, Genossinnen und Genossen! Eure Herzen schlugen höher, als ihr vernahmt, mit welchem Mut eine Schwere und großer Leben und Gesundheit im Kampfe wider die Feinde des Sozialismus in die Gefahren schritten. Führenden Mann und besten Empfinden erfüllten euch, als die Kunde reichte über die große Zahl eurer Massenmännern, die von einer überheblichen Soldateska nicht nur mißhandelt und gemartert, sondern verhöhnt und getötet wurden.

Recht gilt es, schnellstens den Gefährten die Tat folgen zu lassen.

Recht gilt es auch an den Sammlungen, die überall sofort von den Parteiführern der U. S. V. D. für die Hinterbliebenen der Revolutionen und all die anderen Hilflosigkeiten einseitig werden! Durch eure Solidarität müßt ihr erneut den Beweis erbringen, daß ihr unüberwindlich seid und daß die Zukunft euer sein wird! Ein Hilfswort wie dieses muß organisiert werden. Die Parteiführung der U. S. V. D. hat deshalb sofort diese Organisationsarbeiten geleitet. Die Arbeiter sind überall schnellstens an die Bezirksleitungen der U. S. V. D. abzuführen.
Berlin, den 14. April 1920.

Zentralkomitee, Beirat und Kontrollkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Neue Kapp-Umtriebe.

Werbungen für Baillumer in Pommern und Berlin.

Berlin, 15. April. (Eigene Drahtmeldung der U. S.) Aus Barmen berichtet der Vorwärts, daß die Zeitfreiwilligen dort nicht entlassen worden sind. In Greifswald hatten die zeitfreiwilligen Studenten fortgesetzt Werbungen in Scharfschützen und mit Sandgranaten ab. Von einer Entlassung der Balti-

lumer sei gar keine Rede. Der berüchtigte Oberst Bischoff habe kurz nach Ostern in einem Hotel in Greifswald mit einer großen Gefolgschaft von Offizieren gesessen und sich dann öffentlich über seine Pläne unterhalten.

In einer Zuschrift an das Berliner Tageblatt wird ein ähnliches Bild aus Pommern gegeben. Noch nie, heißt es darin, waren soviel Bataillontruppen hier, wie jetzt. Täglich sind Zu- und Abgänge. Auf Befragen erklärte mir ein Trupp, sie würden von einer größeren Stadt zur andern verschoben, als sogenannte fliegende Kompanien. Ein anderer erklärte: Entlassen? Keine Spur! Wir gehen mit voller Ausrüstung aufs Land.

Mitten in Berlin, so z. B. im Bahnhof Zoologischer Garten, haben sich wieder Verbände aufgetan, die ganz ungeschont Freiwillige für dunkle Zwecke anwerben.

Eine Meldung aus Beeskow, die dem Vorwärts zugegangen ist, berichtet, daß auch bei dem dort in Garnison liegenden Artillerieregiment vor einigen Tagen Offiziere in Zivil sich eingeschunden hätten, um mit den Führern Verbindung zu nehmen. Es handle sich um entlassene Offiziere, die von Garnison zu Garnison reisten, um für eine Wiederholung des Putsches Stimmung zu machen.

Unter dem Einfluß der reaktionären Kräfte halten die vommerischen Landwirte seit acht Tagen offensichtlich mit ihren Pflichtablieferungen zurück.

Berlin, 15. April. (Eigene Drahtmeldung der U. S.) Seit heute nacht ist die Wilhelmstraße durch starke Militärposten gesichert. Der Zutritt erfolgt nur gegen Ausweis.

Reichstagswahlen am 13. Juni?

Berlin, 15. April. Der Sozialistische Korrespondenz zufolge werden die Wahlen zum neuen Reichstage voraussichtlich am 13. Juni stattfinden.

Bluturteile der Militärgerichte.

Aus Essen wird gemeldet: Am Dienstag standen die ersten „Münderer“ und „Hochverräter“ auf den Tagen der Essener Revolutionsherrlichkeit vor dem außerordentlichen Kriegsgericht. Angeklagt waren zwei Arbeiter, die am 2. April in einer Reihe Privathäuser geplündert haben sollen. Das Kriegsgericht verurteilte beide Angeklagte wegen „Münderens und Hochverrats“ zum Tode. Außerdem wurde auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt, ferner wegen verbotenen Waffentragens auf je ein Jahr Zuchthaus.

Abzug der Reichswehr aus Essen.

Essen, 14. April. (Z.-U.) Die hier vor einigen Tagen eingerückten Reichswehrtruppen haben die Stadt zum größten Teil gestern frühlicher Richtung verlassen. Auch der mit ihnen eingetroffene Panzerzug ist gestern wieder abgerufen.

Englisch-französische Einigung.

Paris, 14. April. Millerand hatte nach der Kammerführung eine Unterredung mit einem Vertreter des neutralen Bureaus, in der er erklärte, der Streit zwischen den beiden Regierungen sei endgültig beigelegt. — Lord Derby hat von seiner Regierung die Weisung erhalten, am Donnerstag wieder an der Völkervereinigung teilzunehmen.

Die Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und den Alliierten gescheitert.

Basel, 15. April. (Z.-U.) Aus Paris wird gemeldet: Die in Kopenhagen tagende Verhandlung zwischen Sowjetrußland und den Alliierten hat zu keinem Ergebnis geführt. Der russische Delegierte lehnte es ab, die Schulden des alten Regimes anzuerkennen, und Hoffnungen zu hegen.

Aufstand in Mesopotamien.

Rotterdam, 15. April. Laut Nieuwe Rotterdamse Courant melden Blätter in Damaskus, in Mesopotamien sei ein Aufstand gegen die Engländer ausgebrochen. Der Bezirk Rut el Amara befindet sich in den Händen der Aufständischen. Die Bewegung habe auch auf die Bezirke Bagdad und Baura übergegriffen.

Das wahre Gesicht.

Berlin, 14. April.

Die Putschgefahr von rechts ist so groß, daß die Regierung täglich mit neuen militärischen Staatsstreichversuchen rechnet. In dieser Situation aber haben die bürgerlichen Parteien durch ihr Verhalten in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht, daß sie bei einem zweiten, gefährlicheren Staatsstreich von vornherein ihre Front gemäß der Parole: Gegen den Bolschewismus wählen werden. In dieser Sitzung ging es nicht um Wahlkämpfe allein. Es zeigte sich die klare Front aus den Kampftagen: Klasse gegen Klasse.

Die Rede unfres Genossen Braß schlug alle wahlpolitischen Manöver zu Boden. Sie wies nach, daß in Deutschland das Militär den Gang der Politik bestimmt, daß die Regierung dem Einfluß des Militärdrucks und dem Einfluß des militärischen Spieß- und Nachrichtenapparats unterlegen ist. Und er gab gegenüber der Geschichtsklitterung des Reichstanzlers eine wahrhaft genaue Darstellung der Vorgänge im Industriegebiet, die nicht nur die Kapppisten, sondern auch die nachkapppistische Regierung als die Schuldigen kennzeichnete. Die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten wollten nicht hören! Sie markierten Uninteressiertheit. Aber am Regierungstische wurde man immer nervöser, der Reichstanzler ging unruhig hin und her, und Herr von Gilsa, der auffällig neben dem Rednerpult saß und ironisch höhnischelte, ging flüsternd ab und zu. Die Regierung fühlte, wie unter dem Druck des reichen Beweismaterials die Darstellungen und Vorwände, die die Grundlage ihrer Politik bildeten, wanken und zusammenstürzten.

Der Reichswehrminister wußte nur eine Antwort. Er beschuldigte den Genossen Braß des Landesverrats auf Grund eines läugerischen Telegramms aus einer Quelle, die der Reichswehrminister im selben Atemzuge ja selbst als trüb und gefährlich bezeichnet hatte. Er suchte in vorsichtigen Andeutungen den Eindruck zu erwecken, als ob unreine Genossen aus dem Industriegebiet mit der alliierten Rheinland-Kommission verhandelt hätte, um den Vormarsch der französischen Truppen herbeizuführen, und beschuldigte Braß, daß er der Regierung verweigert habe, das Verhalten der Rechts- und Koalitionsparteien bei diesem Angriff war charakteristisch. Sie tobten und schrien. Rechtssozialisten überboten noch die Deutschnationalen an nationalistischer Entrüstung, und besonders der Abgeordnete Solmann-Köln war es, der sich in Schimpfworten nicht genug tun konnte. Das nationalistische Geschrei sollte die große Schuld, die eben einwandfrei festgestellt worden war, vertuschen.

Aber dieser Absentungsversuch wurde zur bezeichnenden Niederlage der Regierung und der Parteien, die eben in nationalistischen Erhörungen getobt hatten. Vor den ruhigen Darlegungen von Braß verflatterten die Angriffe Gehörs in nichts. Braß stellte fest, daß er mit der Rheinland-Kommission nur über die Unterbringung der Flüchtlinge verhandelt habe, daß er nicht über militärische Dinge und Truppenstärken gesprochen habe, wie die Offiziere der Reichswehr, die mit der Alliierten-Kommission verhandelten, um französisch-englische Waffenhilfe gegen die Arbeiter zu erbitten. Er stellte weiter fest, daß diese Verhandlungen am 7. April stattgefunden haben, während der Einmarsch am 6. April morgens erfolgt sei und ferner, daß er die Korrespondenten der Auslandspresse nur auf das Material verwiesen habe, das in unserer Presse bereits längst abgedruckt und darum auch der Regierung längst zugänglich war. Es war also nichts mit dem Landesverrat. Herr Gehler wurde immer verlegener und die Erkenntnis seines Hereinfallens stand ihm auf dem Gesicht. Die Schreier waren aber gänzlich verstummt und die Solmannier der rechtssozialistischen Fraktion regten sich nicht mehr.

Diese Szenen aber haben eine Klärung gebracht. Nur zu groß ist die Sehnsucht selbst bei einem Teile der rechtssozialistischen Fraktion, abermals Front zu nehmen gegen die Klassenbewußte Arbeiterchaft. Jener nationalistische Enttäuschungssturm der Solmannier kam aus innerster Seele. Er zeigte ihr wahres Gesicht.

Der demokratische Justizminister aber war schnell bei der Hand, ein Landesverratsverfahren gegen Braß einzuleiten zu lassen. Die Kapp und Lüttwig und Bischoff laufen noch frei umher, ein Watter, dessen Schuld allemal nachge-